

tion auseinanderzusetzen. Ueberschuldung ist nicht die Ursache, sondern die Folge struktureller Ungleichgewichte, sowohl im Schuldnerland als auch im internationalen Wirtschaftssystem. Und diese Ursachen gilt es zu bekämpfen. Die Darlehensaufnahme an und für sich – das wissen die vielen Finanzdirektoren unter Ihnen und alle diejenigen, die in der Wirtschaft besonders aktiv sind – ist kein wirtschaftliches Problem, solange die mit den Schuldnern getätigten Investitionen die für den Schuldendienst und die Rückzahlung der Schulden benötigten Ressourcen erarbeiten lassen. Dies war und ist leider heute oft nicht der Fall. Die Gründe sind mannigfaltig und sowohl im internen Bereich der Entwicklungsländer (häufig verfehlte Wirtschaftspolitik) als auch extern (schwaches Wirtschaftswachstum, Protektionismus, hohe Zinsen, Zerfall der Rohstoffpreise) zu suchen – das alles hängt zusammen. Eine Lösung des Schuldenproblems kann daher nur durch die Ueberwindung der Schwierigkeiten in den Rahmenbedingungen, die zur Ueberschuldung geführt haben, erreicht werden. Also nicht nur Symptombekämpfung, sondern Ursachenbekämpfung. Die Schweiz macht mit! Das ist unsere Art der Teilnahme an der Gruppe der 10, wo Sie uns ja ermöglicht haben, die ursprüngliche Mithilfe von rund 865 Millionen Franken auf rund 2,3 Milliarden aufzustocken. Das ist unser dauerndes Ringen um Lösungen, zusammen mit der Weltbank, die rund einen Viertel ihres Kapitalbedarfes auf dem schweizerischen Markt zu günstigen Zinsen aufnimmt. Ich stelle das hier einmal ganz bewusst in den Saal, weil es auch die Kraft, die in unserem Lande, in unserer Wirtschaft, im Finanzplatz Schweiz enthalten ist, sichtbar macht – nicht nur Ich-bezogen, sondern auch als Motor für weltweite Verbesserungsaktionen.

Wenn heute auch in diesem vorerwähnten Baker-Plan zu Recht eine wachstumsorientierte Politik angesprochen wird, dann aus der Erkenntnis heraus, dass eine bessere Wirtschaftspolitik in den betroffenen Ländern, eine wachstumsorientierte Politik – die gleichzeitig tiefen Respekt vor den Ressourcen in sich birgt und sichtbar macht –, allein in der Lage ist, in den Industriestaaten die Arbeitslosigkeit überwinden zu helfen und in den Drittweltstaaten aus der Not herauszukommen. Von uns wird neben der Erhöhung der Produktivität verlangt, dass wir ein langfristiges, nicht inflationäres Wachstum ermöglichen, dass wir erträgliche Zinssätze gewähren, dass wir den Zugang der Entwicklungsländer zu den Märkten der Industriestaaten als Voraussetzung bejahen. Und den Entwicklungsländern können wir, wenn wir dies selbst zu tun bereit sind, sagen, dass sie ihre Wirtschaftspolitik der Genesung entgegenführen müssen: also verstärktes Abstellen auf internen und externen Wettbewerb, auf Marktpreise, Festlegung realistischer Wechselkurse, Abbau von initiativehemmenden Bestimmungen und protektionistischer Vorkehrungen. All das sind nur einige wichtige Details, die ich hier erwähnt haben möchte, und Sie spüren, dass in dieser 400-Millionen-Vorlage einiges an politischer Brisanz enthalten ist, die man ausformulieren muss, damit auch unsere Mitbürger diese Politik tragen.

Die Banken haben einen grossen Teil dieses Buches selbst zu schreiben. Die internationalen Banken und die multilateralen Finanzinstitutionen müssen weiterhin Kredite zur Verfügung stellen, damit das Wachstum der Entwicklungsländer auf ein Niveau gebracht werden kann, das diesen Ländern erlaubt, aus ihren Schulden herauszukommen. Zu Recht verlangen aber sie als Geber sowie die Geberstaaten, dass die nationale Politik der Empfängerstaaten das klassische Wort «put your house in order», also «strebe nach Budget/Finanzhaushalt-Gleichgewicht» einigermassen wahrmacht; denn sonst ist das ein Einwerfen von Geld in ein Fass ohne Boden.

So möchten wir zusammen mit den weltweit operierenden Institutionen im Währungsfonds, der Weltbank, den Gläubigerländern, den Schuldnerländern, dem privaten Bankensystem zu einer konzertierten Aktion kommen. Ich darf Ihnen sagen, dass die direkten Gespräche mit unseren Banken diesen Willen erkennen lassen, den eigenen «Apport» nicht etwa aufzugeben, sondern weiterzuführen. Aber sie erwäh-

nen zu Recht diese wichtigen Institutionen unserer privaten Wirtschaft und betonen, dass natürlich auch der Staat seine eigene Aufgabe zu erfüllen habe.

Ich nannte Ihnen einige Elemente und füge ein letztes bei. Wenn ich Entwicklungspolitik so schildere, muss ich ein spezielles Wort zu den ärmsten aller Länder sagen, die noch gar nicht in der Lage sind, das von mir vorher angesprochene *do ut des* in die Tat umzusetzen. Es sind diejenigen Länder, denen man zuerst à fonds perdu etwas geben muss, damit sie überhaupt die erste Stufe erreichen, von der aus sie dann mit eigener Verantwortung in den Gütertausch eintreten können. Da geht es vor allem um hochverschuldete, ärmste Länder in Afrika. Eine Verbesserung der internationalen Rahmenbedingungen allein ist dort keine Lösung; ihr Anteil am internationalen Handel ist noch viel zu klein, um von einem Aufschwung in den Industriestaaten direkt zu profitieren; die Verbesserung der öffentlichen Hilfeleistung ist hier dringlich. Wir werden darüber – Kollege Aubert, ich und die anderen Partner in der Regierung – in naher Zukunft erneut Beschlüsse zu fassen haben, die der eine oder andere Bundesrat Ihnen dann sicher vortragen wird.

Es lag mir daran, hier in Ergänzung zu dem, was der Kommissionspräsident sagte und nach Beantwortung der berechtigten Frage von Herrn Schmid sichtbar zu machen, dass es um etwas Wichtiges in unserer nationalen und internationalen Politik geht. Ich möchte mich bei Ihnen für dieses Mittragen bedanken.

Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen

Le conseil décide sans opposition d'entrer en matière

Detailberatung – Discussion par articles

Titel und Ingress, Art. 1 – 3

Titre et préambule, art. 1 à 3

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Beschlusstwurfes

33 Stimmen
(Einstimmigkeit)

An den Nationalrat – Au Conseil national

86.411

Postulat Jelmini

Sockelarbeitslosigkeit

Chômage résiduel

Wortlaut des Postulats vom 20. März 1986

Der Bundesrat wird ersucht, die Ursachen der sogenannten Sockelarbeitslosigkeit abzuklären und Vorschläge zu deren schrittweisen Beseitigung zu unterbreiten.

Texte du postulat du 20 mars 1986

Le Conseil fédéral est invité à rechercher les causes du chômage dit résiduel et à soumettre des propositions visant à l'éliminer progressivement.

Mitunterzeichner – Cosignataires: Arnold, Binder, Cavelti, Hophan, Lauber, Meier Hans, Meier Josi, Muheim, Schmid, Zumbühl (10)

Jelmini: Obwohl der schweizerische Arbeitsmarkt ausgetrocknet ist, weist unsere Arbeitslosenstatistik etwa 25 000

Arbeitslose aus, die trotz guter Konjunktur wenig oder keine Chance haben, einen Arbeitsplatz zu finden.

Hinzuzuzählen sind jene Tausende von Ausgesteuerten, die von unserer Arbeitslosenstatistik nicht mehr erfasst werden. In einer an sich florierenden Wirtschaft über 30 000 Arbeitslose auszuweisen ist untragbar, und zwar sowohl von einem menschlich-sozialen wie von einem ökonomischen Aspekt aus. Hinter diesen Zahlen verbergen sich menschliche und familiäre Tragödien, aber auch Verluste für eine Wirtschaft, deren wertvollstes Kapital die für sie tätigen Menschen sind. Menschlich wie wirtschaftlich verantwortbares Handeln verlangt daher, die Ursachen dieser Rest- beziehungsweise Sockelarbeitslosigkeit näher zu untersuchen, gezielte Massnahmen zu deren Behebung vorzuschlagen und sie in Gang zu bringen.

Ein eben erschienener Forschungsbericht des Nationalen Forschungsprogramms Nummer 9 über «berufliche Fortbildung und Arbeitslosenversicherung. Vorschläge für eine Strategie» zeigt, dass zwar gesetzliche Grundlagen und Instrumente für Präventivmassnahmen vorhanden sind, es aber immer wieder konkrete Anstösse braucht, um sie zur Wirkung zu bringen.

Genaue Zahlen über die Sockelarbeitslosigkeit sind leider nicht vorhanden, ebensowenig über die soziologische Schichtung dieser Langzeitarbeitslosen. Aus Verlautbarungen von Arbeitsämtern und kirchlichen Institutionen sowie aus privaten Untersuchungen geht hervor, dass es sich insbesondere um ältere Personen, um nicht integrierte Ausländer und um gesundheitlich Geschwächte handelt. Wenn jedoch allein in den beiden Städten Bern und Biel zusammen jährlich um die 1000 Frauen und Männer neu der Fürsorge anheimfallen, so zeigt das – also anhand zuverlässiger Zahlen und in Kenntnis der Ursachen dieses Krebsübels – die Notwendigkeit, an die Ausarbeitung von Vorschlägen zu dessen Behebung heranzutreten. Wird jedoch nichts Entscheidendes unternommen, um die Sockelarbeitslosigkeit wirksam zu reduzieren, so werden jährlich Tausende von Männern und Frauen jeden Alters zu den Ausgesteuerten stossen und armengenössig werden.

Ich bitte Sie, das Postulat zu überweisen.

Bundesrat Furgler: Ich bin gerne bereit, das Postulat von Herrn Jelmini entgegenzunehmen: Das Problem, das er soeben dargestellt hat, beschäftigt seit langem auch uns. Sie haben zweifellos den Zusammenhang mit dem Postulat Jelmini vom Februar 1985 über die ausgesteuerten Arbeitslosen und mit dem Postulat von Frau Pitteloud vom März des letzten Jahres über die Arbeitslosenstatistik erkannt.

Ein entsprechender Bericht – das darf ich vorweg erklären – zur Langzeitarbeitslosigkeit wird von meinem Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit sorgfältig erarbeitet. Ich würde sogar sagen, er sei bereits in der Phase der Endredaktion, so dass ich ihn Ihnen sehr bald vorstellen kann.

Im Unterschied zu den anderen Industrieländern haben wir zwar eine geringe Arbeitslosigkeit. Die derzeit rund 25 000 Menschen sind dennoch ein echtes Problem. Ich halte mit dem Postulanten dafür, dass wir die Ursachen zu ergründen haben. Ganz wegbringen wird man vermutlich das, was Sie mit Sockelarbeitslosigkeit umschrieben haben, nicht. Aber ich erhoffe mir von diesen Studien eine weitere begriffliche und auch wirtschaftspolitische Klärung der Fragen: Woher kommt das? Was können wir noch tun – im Berufsschulwesen tun wir zusammen mit den Kantonen heute schon unerhört viel –, um die jungen Menschen ins Erwerbsleben eintreten zu lassen? Das ist ein grosser Unterschied zu den meisten anderen Industriestaaten. Aber ich wiederhole: Trotzdem bereitet mir und Ihnen jeder, der von der Arbeitslosigkeit betroffen wird, Sorge.

Ich glaube nicht, dass man Vollbeschäftigung (so wie wir es wirtschaftspolitisch ansprechen) mit Absenz von Arbeitslosigkeit gleichsetzen kann. Am Ende des Jahrhunderts wird derjenige, der heute vielleicht als Handlanger noch irgendwo eine Tätigkeit findet, vermutlich in einer noch schwierigeren Situation sein, weil die Erfordernisse des Elektronikzeitalters jedem ein dauerndes Dazulernen auf-

drängen und auferlegen. Wer diese Lernbereitschaft nicht mehr zu erbringen gewillt ist oder nicht mehr erbringen kann, wird dann in einer schlechten Situation sein. Das sagen mir alle, mit denen ich mich über diese Weiterentwicklung unserer Industriegesellschaft unterhalte. Herr Jelmini: Wir sind also gerne bereit, die von Ihnen gewünschten Abklärungen weiterzuführen und Ihnen zu gegebener Zeit die entsprechenden Anträge zu unterbreiten.

Ueberwiesen – Transmis

Schluss der Sitzung um 9.55 Uhr

La séance est levée à 9 h 55

Postulat Jelmini Sockelarbeitslosigkeit

Postulat Jelmini Chômage résiduel

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1986
Année	
Anno	
Band	II
Volume	
Volume	
Session	Sommersession
Session	Session d'été
Sessione	Sessione estiva
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	10
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	86.411
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	18.06.1986 - 08:00
Date	
Data	
Seite	389-390
Page	
Pagina	
Ref. No	20 014 569

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.